Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 40 (1961)
Heft: 7-8

Rubrik: Chronik des Monats

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

CHRONIK DES MONATS

Innenpolitik

Fast laufend haben wir uns in der Innenpolitik mit Fragen der militärischen Landesverteidigung zu befassen. In der vergangenen Sommersession der eidgenössischen Räte stand neben einem Kredit für militärische Bauten und Waffenplätze von rund 200 Millionen Franken vor allem die *Flugzeugbeschaffung* zur Beratung. Schon die Kosten von 871 Millionen Franken mußten einiges Unbehagen wecken, so daß man sich mit einem ehemaligen konservativen Finanzdirektor fragen konnte, ob man bei den Militärausgaben nicht den Sinn für Proportionen verloren habe. Insbesondere waren aber die Typenwahl und die Art und Weise des Vorgehens umstritten. Die Misere, daß das Militärdepartement recht häufig seine Konzeption der Luftverteidigung gewechselt hat, ist unverkennbar. Auch jetzt wurde kein reifes Projekt für eine umfassende Luftverteidigung vorgelegt, das unbedingt auch wirksame Flab enthalten muß. Offenbar hält man es für aussichtsreicher, dem Parlament die Anschaffung brockenweise vorzusetzen. Auch versteht es das Militärdepartement sehr gut, die Räte mit dem Argument der Dringlichkeit – die scheinbar erst im Stadium der parlamentarischen Beratungen aktuell wird, lassen sich die Sachverständigen doch reichlich Zeit – unter Druck zu setzen. Wohl nicht ganz zu Unrecht wird bezweifelt, ob die technischen Vorteile des «Mirage» so bedeutsam sind, daß es sich rechtfertigte, den Auftrag nicht einem EFTA-Partner, sondern Frankreich zu erteilen. Darin, daß das Parlament in technischen Belangen auf das Urteil der Experten vertrauen muß und daß nach den gemachten Erfahrungen dieses Urteil sich nachträglich nicht immer als über alle Zweifel erhaben erweist, liegt ein wunder Punkt, der den gewissenhaften Parlamentarier schwer belastet. Im Sektor des Militärdepartementes bekommt man zudem oft den Eindruck nicht los, als ob Sachverständige, die eine andere Meinung haben, sich hüten, diese der offiziellen gegenüberzustellen, um sich nicht ihre militärische Karriere zu verderben. Es ist nach wie vor zu bedauern, daß wir nicht die erste Gelegenheit, die EFTA-Treue durch die Berücksichtigung des schwedischen «Draken» zu beweisen, genützt, sondern den Auftrag Frankreich, das uns handelspolitisch die größten Schwierigkeiten bereitet, erteilt haben.

Mehr auf Sparen eingestellt waren Bundesrat und Bundesversammlung, als es darum ging, *Preiszuschläge auf Speisefette und Speiseöle* zu bewilligen. Umsonst wurde von sozialdemokratischer Seite dagegen opponiert, daß dem Konsumenten immer neue Opfer zugemutet werden, daß durch die hieraus resultierende Teuerung die Preis-Lohn-Spirale erneut in die Höhe getrieben

werde. Es konnte auch nachgewiesen werden, daß die Zuschläge nur ganz indirekt den Milchproduzenten zugute kommen und in erster Linie die Bundeskasse entlastet wird. Trotz den schlagenden Argumenten wurden die Zuschläge genehmigt. Hoffen wir nur, daß sich die Zusicherung Bundesrat Wahlens, für die nächste Zukunft seien keine landwirtschaftlichen Preiserhöhungen zu erwarten, bewahrheitet. Es geht ja tatsächlich, wenn sich die Sozialdemokratie gelegentlich gegen solche Aufschläge zur Wehr setzen muß, nicht um die einzelne Preiserhöhung allein, sondern um die Summe aller Steigerungen insgesamt, die sich in letzter Zeit beängstigend abzeichnet.

Daß der Ständerat das sozialdemokratische Volksbegehren auf Einführung der *Gesetzesinitiative* dem Volke zur Verwerfung empfehlen werde, war anzunehmen. Die Argumente, welche die Ständeherren gegen die sinnvolle Ausweitung unserer Demokratie in positiver Hinsicht vorgetragen haben, konnten uns jedoch nicht überzeugen. Nicht die Mitarbeit des Volkes auf der Gesetzesstufe wird zum «Fallstrick für den Ständerat» werden, sondern die Ausschließlichkeitstendenz der bürgerlichen Parteien, welche die Arbeiterschaft von diesem Rate beharrlich fernzuhalten versuchen und damit das Vertrauen und Ansehen der Ständekammer im Volke draußen untergraben. Nachdem der Bundesrat die Abstimmung über unser Volksbegehren nun auf den 22. Oktober angesetzt hat, wird wohl bald eine intensive Aufklärung der Bürger einsetzen müssen. Wenn sich die bürgerlichen Parteien mit Ausnahme des Landesringes geschlossen dagegen wenden, daß auch das Volk Gesetze soll vorschlagen können, dann fürchten bestimmte Kreise offenbar, es könnte auf diese Weise der soziale Fortschritt gefördert werden. Uns ängstigt diese Perspektive nicht; im Gegenteil haben wir den Eindruck, daß die Gesetzesmaschinerie recht einseitig läuft und daß vor allem Maßnahmen zum Wohle der wirtschaftlich Schwachen viel zu lange auf sich warten lassen. Wir brauchen nur an die Entwicklungsgeschichte der AHV und des neuen Arbeitsgesetzes zu erinnern. Jedenfalls wäre die Gesetzesinitiative geeignet, den Behörden zu zeigen, was das Volk in seiner Mehrheit bewegt. Da gerade auf der Bundesebene mannigfache Kompetenzen wirtschaftspolitischer und sozialer Art vorhanden sind, ist die Mitarbeit des ganzen Volkes – auch der Minderheiten – unerläßlich geworden, ohne daß es stets auf den Umweg über das Parlament angewiesen ist. Das Volk muß wieder das Gefühl erhalten, selbst oberste Gewalt im Bunde zu sein.

Beim *Initiativengesetz* hatte man offenbar weniger Befürchtungen vor einer Überspitzung der demokratischen Rechte. So wurde ein Antrag Schütz, die Unterschriftenbogen auf Zeitungsinseraten ungültig zu erklären, bekämpft, obschon man die Entwicklung ja nicht absehen kann, wenn man jede Form der Unterschriftensammlung tolerieren wollte. Bald wären wir soweit, daß größere Verkaufsorganisationen den Initiativtext auf Verpackungen und

Papiersäcken drucken und die Konsumenten auffordern würden, die unterschriebenen Säcke wieder abzuliefern. Wir dürfen nicht vergessen, daß durch die ständig wachsende Zahl der Aktivbürger es ohnehin schon leichter geworden ist, eine Initiative zustande zu bringen. Unseres Erachtens erfordert aber eine Initiative einen persönlichen Einsatz, einen Idealismus der Initianten und vor allem das Gespräch von Mensch zu Mensch. Das Initiativrecht darf nicht zum Spielball anonymer Büros werden. Darin liegt eine sinnvolle Beschränkung dieses Volksrechtes. Ein Erfolg ist vorläufig insofern zu konstatieren, als der Nationalrat den Antrag Schütz mit 59 zu 43 Stimmen knapp annahm.

Nach der bedenklichen Abstimmungskampagne und der Verwerfung der Vorlage über einen *Treibstoffzollzuschlag zur Finanzierung des Nationalstraßenbaues* hat der Bundesrat äußerst rasch gehandelt; denn bereits legte er den eidgenössischen Räten einen neuen Finanzierungsvorschlag vor, der in der Herbstsession zu behandeln sein wird. Die Verhältnisse haben sich – darüber besteht kein Zweifel – seither allerdings kaum wesentlich geändert. Man wird im Gegenteil mit steigenden Baukosten rechnen müssen, nachdem der ablehnende Volksentscheid eine Verzögerung um ein Jahr bringen wird. Die neue Vorlage ist durch zwei Punkte gekennzeichnet: flexibler Zollzuschlag und Entlastung der Kantone durch Erhöhung der Bundesanteile. Mit der flexiblen Ausgestaltung des Zuschlages folgt der Bundesrat der Anregung, die Genosse Max Weber schon ganz zu Anfang bei der Beratung der ersten Vorlage gemacht hat und die leider nicht berücksichtigt worden ist. Der Verschuldungsplafond wird allerdings nun mit 400 Millionen Franken beziffert, was bei dieser Lösung offenbar nicht zu vermeiden sein wird, wenn die zum Schutze aller Straßenbenützer so wichtige Aufgabe ohne weitere Verzögerung in Angriff genommen werden soll. Bis jetzt hat der neue Vorschlag des Bundesrates durchweg ein positives Echo ausgelöst. Es bleibt zu hoffen, daß die Verwirklichung dieser unumgänglichen Aufgabe unserer Generation nicht neuerdings durch eine unverantwortliche Prestigepolitik gefährdet wird.

Positiv darf auch noch erwähnt werden, daß der Bundesrat eine *Besoldungserhöhung für das Bundespersonal* vorschlägt. Die Erhöhung soll vier Prozent der Grundbesoldungen, mindestens aber 400 Franken im Jahre betragen. Daneben wird die Dauer des Aufstiegs vom Minimum zum Maximum bei den mittleren und oberen Besoldungsklassen von 10 auf 8 Jahre und bei den untersten Klassen sogar auf vier Jahre verkürzt, die Kinderzulagen verbessert, weitere Zulagen für Sonntagsarbeit, unregelmäßigen Dienst usw. ausgerichtet sowie die Teuerungszulagen in die Besoldungen eingebaut. Der Bundesrat gibt in der Botschaft ganz offen zu, daß die gegenwärtige Lage auf dem Arbeitsmarkte nichts anderes übrig läßt, als durch verbesserte Ar-

beitsbedingungen den Eintritt in den Bundesdienst anziehender zu gestalten. Es ist ja nachgerade besorgniserregend, daß gewisse Lücken im Personal fast nicht geschlossen werden können. Es wäre aber zweifellos falsch, wollte man die beantragten Erhöhungen als übertrieben bezeichnen, wie das die «Handelszeitung» tut, die von massiver Besserstellung spricht und davon orakelt, daß die «Konkurrenz zwischen den sozialistischen und christlich-sozialen Personalverbänden» zu einer «gegenseitigen Übersteigerung in den Forderungen führen» werde. Die Mehrkosten lassen sich durchaus verantworten, auch wenn sie einigen Herren der Privatwirtschaft nicht passen. Auch das Bundespersonal soll schließlich etwas von der Konjunktur merken.

Arthur Schmid

Außenpolitik

Mitte Juni verlangte die französische Delegation in Evian, die dort zäh, aber ergebnislos mit dem FLN verhandelt hatte, den vorläufigen Abbruch der Verhandlungen. Die Aufteilung der Sahara, die Behandlung der europäischen Minderheit und die Einstellung des Feuers waren die Klippen, die von den beiden Parteien nicht umschifft werden konnten. Für Frankreich wird die Situation immer schwieriger. Zwar hat die französische Industrie einen unbestreitbaren Aufschwung genommen – doch dieser Aufschwung erfolgte auf dem Rücken der Arbeitnehmer und Bauern. So ist es nicht verwunderlich, daß die Verhältnisse im Innern von Frankreich sehr unstabil sind. Beständig brechen kleinere oder größere Streiks aus; einmal legen die Lehrer, dann die Eisenbahner, dann die Zöllner ihre Arbeit nieder. Nach den Bauernaufständen in der Bretagne kündete Debré an, daß «das gesamte System umgestaltet werden soll». Vorerst aber bestanden diese Maßnahmen lediglich in Subventionen an die Bauern, das heißt die Last wird einfach auf die Steuerzahler abgewälzt. Je länger der Algerienkrieg weiterdauert, desto stärker wird die Position des FLN: Anfangs Juli führte er einen Proteststreik gegen die von den Franzosen angestrebte Teilung Algeriens durch, der sehr erfolgreich war.

Am 19. Juli griff Bourguiba, der bis anhin immer als treuester Freund des Westens gegolten hatte, den französischen Stützpunkt Bizerta an, der auf tunesischem Gebiet liegt und um dessen Räumung schon lange ergebnislos verhandelt worden war. De Gaulle konnte sofort mit Truppenverstärkungen den tunesischen Angriff abwehren. Am 23. Juli kehrte die Waffenruhe in Bizerta ein; 700 Tote kostete dieser Waffengang, der Bourguiba bei seinen arabischen Brüdern wieder etwas beliebter machte. Die UNO wird anfangs

September in einer Sondersitzung – die von Frankreich boykottiert werden wird – das Bizertaproblem behandeln, es sei denn, daß sich Bourguiba und de Gaulle vorher einigen können. Dafür besteht aber herzlich wenig Aussicht, denn der große General des Zweiten Weltkrieges erweist sich als immer unfähiger, einzusehen, daß Frankreich nicht mehr die Weltmacht ist, von der er träumt. Die Gerüchte, daß ein rechtsextremer Putsch vorbereitet wird, der das Vollmachtenregime de Gaulles hinwegfegen wird, wollen denn auch nicht verstummen.

Auch England machte in den letzten beiden Monaten schwere Tage durch. Einige Tage nachdem es Kuweit aus seiner Protektoratsherrschaft entlassen hatte, drohte der Staatschef des Irak, Abdul Karim Kassem, er werde Kuweit annektieren. Sehr große Interessen Englands standen auf dem Spiel, werden doch 37 Prozent seiner Erdöleinfuhr aus Kuweit gedeckt; überdies sind die Engländer auch sonst in Kuweit sehr stark finanziell engagiert. Mit bemerkenswerter Promptheit reagierte England: Am 26. Juli hatte Kassem seine Annexionsgelüste verkündet, am 27. Juli landeten die ersten britischen Truppen. Diese Landung bewirkte, daß die arabischen Brüder, vor allem König Ibn Saud und Hussein von Jordanien, mit Kassem wieder eine Front bildeten – wenigstens im Augenblick.

Sowohl der Kampf um Bizerta wie das Landungsmanöver in Kuweit hatten die Russen nur sehr dezent kommentiert; ihnen lag etwas ganz anderes am Herzen: Die ständig fortschreitende Wiederaufrüstung Westdeutschlands. Bundeskanzler Adenauer und besonders Bundesverteidigungsminister Strauß bemühen sich mit einem Eifer, der einer bessern Sache würdig wäre, um Atomwaffen für die Bundeswehr. Nur 16 Jahre nach dem verlorenen Weltkrieg haben die Deutschen wiederum eine der modernsten Armeen der Welt. Sowohl die Westdeutschen wie die DDR besitzen wieder Waffen, wobei man allerdings bemerken muß, daß Westdeutschland stärker gerüstet ist. Man muß sicher kein Kommunistenfreund sein, um diese Entwicklung nicht gerade erfreulich zu finden, denn die Erziehung der Deutschen zur Demokratie hielt mit der Wiederbewaffnung keinesfalls Schritt! Wie wenig die Deutschen von Demokratie verstehen, kann man aus dem Wahlkampf um die Bundestagswahlen ersehen, der Ende August in seine letzte entscheidende Phase tritt. Wahlkampf ist zwar zuviel gesagt. Kundenwerbung wäre besser, schrieb ein Deutschlandkorrespondent. In Deutschland kämpft man nicht mit Parolen, mit Grundsätzen, mit Argumenten, nein, um den deutschen Stimmbürger wird von allen Parteien mit allen Mitteln der Reklame gebuhlt. Dem Bürger Westdeutschlands verhüllt man sorgfältig alle auftauchenden Schwierigkeiten, oder man versucht sie wenigstens zu verniedlichen; in satter Selbstgefälligkeit soll er am 17. September die Partei wählen, die ihm die schönsten Wünsche zu erfüllen versprach . . .

In diese seltsame Wahlkampf-Stimmung platzte nun Rußland schon Mitte Juni mit einem Memorandum über die Lage in Berlin, über die Atombewaffnung, die Abrüstung und einen mit Deutschland abzuschließenden Friedensvertrag. Am 20. Jahrestag des deutschen Angriffs auf Rußland (21. Juni 1941) hielt Chruschtschew eine Rede, in der er wohl seine friedliebenden Absichten bestätigte, aber auch unmißverständlich mit einem Separatfrieden mit der DDR drohte, falls der Westen einen Friedensvertrag nicht unterzeichnen wolle. Gleichzeitig wies er auf die – unbestrittene – Überlegenheit der russischen Raketen hin. Als Antwort darauf verstärkten die Amerikaner ihre strategische Luftwaffe. Die Bewohner der DDR erklärten auf ihre Art, was sie vom Regime Ulbrichts hielten: Täglich schwoll der Flüchtlingsstrom mehr an. Anfangs Juli schlug Chruschtschew eine Friedenskonferenz vor, die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone, einen Nichtangriffspakt zwischen der NATO und dem Warschauer Pakt. Zwei waren vor allem gegen diese Vorschläge: Adenauer und Strauß.

Die von der UdSSR vorgeschlagene Mammutkonferenz aller Kriegsgegner Deutschlands fand Willy Brandt «sehr erwägenswert», Strauß sah darin «eine gespenstische Irrealität». Am 26. Juli hielt Kennedy eine Fernsehansprache, in der auch *er* seine Friedensbereitschaft beteuerte, gleichzeitig aber auch die Erhöhung der Rüstungsausgaben um 3,2 Milliarden und die Erhöhung der Soldatenbestände um rund 130,000 Mann bekanntgab. Damit erhöhte er nicht nur Amerikas Kriegsbereitschaft, sondern gab der Industrie zugleich einen sehr starken (und auch notwendigen) Impuls – und senkte die immer noch sehr hohe Arbeitslosenziffer (Mitte August etwa 5,2 Millionen) um ein weniges.

Ende Juli verkündete Rußland sein neues Parteiprogramm, das sehr weitgesteckte Ziele enthält, die – wenn überhaupt – nur in einer langandauernden Friedensperiode erreicht werden können. Am 6./7. August kreiste der russische Major Titow während 25 Stunden und 18 Minuten in einer Rakete über 17mal um die Erde. All diese Erfolge und Pläne konnten aber die Massenflucht aus der DDR nicht abstoppen: Bis Mitte August haben seit Kriegsende ungefähr 3,5 Millionen Deutsche dem Pankower Regime den Rücken zugekehrt. Dieser Substanzverlust schwächte die DDR, die auch sonst schon mit genügend Schwierigkeiten zu kämpfen hatte, natürlich ungeheuer: Am 13. August schloß deshalb Ulbricht im Einverständnis mit allen Warschauer-Pakt-Staaten die Grenzen in Ostberlin (in Verletzung des Viermächte-Statuts) für alle Ostzonenbewohner. Wie es nicht anders zu erwarten war, hatten die westlichen Staaten in den vielen Konferenzen, in denen sie immer wieder die Festigkeit des Westens betont hatten, keine Zeit, Maßnahmen auf einen solchen Schritt der DDR hin – der zu erwarten war – zu beschließen. Sie entschieden daher fürs erste, wieder einmal schärfstens zu

protestieren ... Die Stimmung in Ost- und in Westberlin ist sehr gespannt; die Westdeutschen und die Ausländer sind von den Sperren der Volkspolizei keineswegs behindert.

Die Berlinkrise stellte viele andere Ereignisse völlig in den Schatten, so vor allem das Beitrittsgesuch Englands und Dänemarks an die EWG. So hat die EFTA nach kurzer Zeit ein stilles Ende gefunden ... Ob die Aufnahmegesuche von der EWG angenommen werden, ob die EWG selber ihre Ziele erfüllen kann (vor allem die Landwirtschaftspolitik wird noch einige Kopfschmerzen verursachen), ist Ende August noch keineswegs entschieden.

Unsicher ist auch der Ausgang der Wirtschaftskonferenz Amerikas mit den lateinamerikanischen Staaten, an der versucht wird, in letzter Minute den unbeschreiblichen sozialen, wirtschaftlichen und politischen Mißständen Lateinamerikas zu steuern, bevor auch dort Revolutionen nach dem Beispiel Castros ausbrechen.

Ungewiß ist einmal mehr die Zukunft: Werden sich der West- und der Ostblock auf einen Modus vivendi einigen können – eine Einigung würde sehr wahrscheinlich auf Kosten der Deutschen erfolgen – oder wird man diesen Konflikt schon in absehbarer Zeit mit den Waffen austragen? Es wäre sicher falsch, hier die Gefahr eines Dritten Weltkrieges drohend an die Wand zu malen, doch wenn so viele Waffen auf so kleinem Raum (die Welt ist für die heutigen Waffen sehr klein geworden) konzentriert werden und immer mehr und immer wirksamere Waffen hergestellt werden, so ist damit die Gefahr eines kriegerischen Konflikts sicher nicht kleiner geworden.

Arm und reich im Sprichwort der Völker

Es gibt nur zwei Familien in der Welt; die Haber und die Habenichtse.
(Spanisch)

Sagt man dir, Armut sei besser als Reichtum, so glaube es nicht.
(Türkisch)

Du trägst sehr leicht, wenn du nichts hast;
Aber Reichtum ist eine leichtere Last. (Goethe)

Des armen Mannes Weisheit ist so nutzlos wie ein Palast in der Wildnis.
(Englisch)

Zerrissener Sack hält keine Hirse, armer Mann geht nicht in den Rat: spricht er gut, wird er nicht gehört, spricht er schlecht, wird er getadelt.
(Italienisch)

Wenn ich Geld im Beutel habe, da bin ich der Bierfrau Verwandter; wenn mein Geld zur Neige geht, sitz ich am Ende der Bank. (Dänisch)

Eine unredliche Dame im Pelzmantel erhält leichter Zugang zum Tempel als zehn redliche Frauen in Lumpen zu eines redlichen Mannes Haus.
(Chinesisch)

Fällt ein Reicher, heißt's ein Unfall, fällt ein Armer, heißt's er ist betrunken. (Türkisch)

Von des Reichen Krankheit und des Armen Bier hört man weit.
(Estnisch)

Literatur

Rudolf Roth: Das Volkshaus Biel und das Werden der Arbeiterbewegung

Herausgeberin: Volkshausgenossenschaft Biel, 1959, Druck: Genossenschaftsdruckerei Biel, 142 Seiten.

«Schreitet der Besucher durch die neue Bahnhofstraße der Stadt (Biel) zu, dann sieht er auf der linken Seite, am Ende der ersten Häuserreihe, einen Bau, der sich schon durch seine äußere Gestalt und speziell wegen seines 32 Meter hohen Turms und der blauroten Klinkerfassade vom übrigen Quartier unterscheidet. Dieses Gebäude, eines der schönsten der Stadt, ist das Volkshaus. Es gehört der Bieler Arbeiterschaft und ist im Lande herum als Kongreßgebäude bekannt.»

Rudolf Roth hat das 25jährige Bestehen des Volkshauses zum Anlaß genommen, in der Festschrift einen geschichtlichen Abriß der Arbeiterbewegung Biels zu machen. Im weiteren berichtet er über die erfolgreiche sozialdemokratische Verwaltung der Gemeinde Biel in den Jahren 1921 bis 1932 und über die Entstehung des neuen Bieler Volkshauses. In einem Anhang fügt er noch die statistischen Tabellen zur Rechnungsführung der ersten 25 Betriebsjahre hinzu.

Der Stoff mußte aus einer großen Zahl von Protokollen, Denkschriften, Abhandlungen, Berichten und Zeitungsartikeln, Reden und Proklamationen gesammelt werden. Es ist deshalb dem Verfasser, der zeitlebens in der Verwaltung als Betreibungsbeamter gearbeitet hat, ein hohes Lob zu spenden, daß er die Energie zu einer solchen Arbeit aufbrachte. Über den Bau und Betrieb des Volkshauses ist er genauestens informiert; er gehörte von Anfang an dem Vorstand und später dem Verwaltungsrat der Volkshausgenossenschaft an. Heute ist er noch als Sekretär tätig. Zu bedauern wäre höchstens, daß Rudolf Roth mit seinen Schilderungen im Jahre 1932 abbricht. Es ist zu hoffen, daß sich einmal ein anderer Berufener der Fortsetzung annimmt.